



im DBB und Tarifunion

Verband der
Lehrerinnen und
Lehrer an Wirtschafts-
schulen



Bundesverband der
Lehrerinnen und Lehrer an berufli-
chen Schulen, Landesverband Berlin

Resolution

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

12. September 2013

die im April 2013 von der Senatsbildungsverwaltung und der Senatsfinanzverwaltung vorgestellten Attraktivitätssteigerungen für den Beruf der Lehrerin und des Lehrers in Berlin führen im Endeffekt zu Arbeitszeitverlängerungen und weiteren zusätzlichen Belastungen.

Seit Jahren deutet die hohe Zahl der dauererkrankten Lehrkräfte auf die unverhältnismäßig hohe Belastung hin. Der Senat von Berlin verletzt als Arbeitgeber und Dienstherr seine Fürsorgepflicht.

Der „Bonbon“ Altersermäßigung wird durch Arbeitszeitverlängerung besonders für die jungen Lehrkräfte teuer erkaufte und ist damit keine echte Entlastung.

Der Mangel an ausgebildeten Lehrkräften in einer Reihe von Fächern macht eklatant den Mangel im Personalmanagement der für Bildung verantwortlichen Politiker deutlich.

Die Personalversammlung der zentralverwalteten Schulen konstatiert, dass das Maßnahmenpaket der Senatsbildungsverwaltung im Wesentlichen nur ein politisches Lippenbekenntnis ohne Substanz für die Berliner Schulen ist.

Die Personalversammlung fordert daher:

- **Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung**
- **Möglichkeit des Abbaus der Arbeitszeitkonten ohne Altersbegrenzung**
- **Beginn der Altersermäßigung ab dem 55. Lebensjahr**

Die Personalversammlung hält die Forderung der angestellten Lehrkräfte auf Gleichbehandlung für berechtigt und unterstützt diese Forderung.

Im Interesse dieser Gleichbehandlung fordern wir:

Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin!